

10. Januar 2010

Mieterschutz sichern – Bremen lehnt unsoziale Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung ab

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung zur Einschränkung des Mieterschutzes im Wohnungswesen entschieden ab und fordert den Senat auf, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Beibehaltung der bestehenden Regelungen einzusetzen und gegebenenfalls im Bundesrat gegen jede Aufweichung der berechtigten Schutzinteressen der Mieterinnen und Mieter zu stimmen.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) lehnt insbesondere die Pläne für eine „verkürzte Kündigungsfrist“ für Vermieter ab, wonach künftig auch für diese nur noch eine dreimonatige, statt wie bisher sechs- bis neunmonatige Kündigungsfrist bei Kündigung wegen „Eigenbedarf“ oder „nicht angemessener wirtschaftlicher Verwertung“ gelten soll.
3. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt grundsätzlich sämtliche Anstrengungen zur energetischen Sanierung von Gebäuden, um auch dadurch einen Beitrag für einen nachhaltigen Klimaschutz zu leisten. Abgelehnt werden jedoch die Pläne der Bundesregierung zur generellen „Duldung“ von energetischen Modernisierungen, bei denen die Mieterinnen und Mieter in ihrem Recht beschnitten werden, die Miete für einen Zeitraum mindern zu können, wenn die Baumaßnahmen zu erheblichen Beeinträchtigungen der Wohnnutzung führen.
4. Abgelehnt wird auch das Vorhaben der Bundesregierung, „klimafreundliche Sanierungen“ in die „freie Entscheidung des Vermieters“ zu stellen. Vielmehr ist es notwendig, den Mieterinnen und Mietern das Recht einer Mietminderung einzuräumen, sofern der Hauseigentümer den Mindestanforderungen der Energieeinsparverordnung nicht nachkommt. In diesem Zusammenhang soll künftig der Energieausweis zum festen Bestandteil jedes Mietvertrages gemacht werden.

Inga Nitz, Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/mieterschutz-sichern-bremen-lehnt-unsoziale-plaene-der-schwarz-gelb>